



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 895 890

3/XV/22 - 27. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Das Dilemma de Gaulles Frankreichs Staatschef vor der Entscheidung	40
2 - 3	Gefährliche Gegensätze Die Situation des schwarzen Mannes in Südafrika	74
4	"Ein Mann - ein Wort"? Nachklang zur Tagung des Bauernverbandes der Vertriebenen	42
5	Nach dem Urteil von Heilbronn Erste Warnung der Gewerkschaft der Eisenbahner	28
6 - 7	Bücher in braun: Rechts und Links in Reih und Glied Hitlers Literaten werden unter der Theke gehandelt Sie "grüßen am Morgen"	109

* * *
* *

Das Dilemma de Gaulles

Frankreichs Staatschef vor der Entscheidung

sp - Das Dilemma de Gaulles wird von Stunde zu Stunde größer. Es ist noch völlig ungewiß, welchen Weg de Gaulle gehen wird, um der Lage in Algerien und in Frankreich selbst Herr zu werden. Sollte er sich erneut zu seiner am 16. September 1959 deklarierten Algerien-Politik bekennen - was er angekündigt hat -, muß er sich im Mutterland auf die Linke im wahrensten Sinne des Wortes stützen. Gleichzeitig muß er aber auch damit rechnen, daß ihm in diesem Falle ein wesentlicher Teil der Armee die Gefolgschaft zur Niederwerfung des Aufstandes des weißen Bevölkerungsteils von Algerien versagt. Gibt de Gaulle die Plattform seiner Algerien-Politik auf, dann wird er zum Gefangenen der "Ultras" in Algerien und der Rechten in Frankreich. In diesem Augenblick würde er das Signal zur rücksichtslosen Fortsetzung des Krieges gegen die Algerier geben und damit gleichzeitig eine allafrikanische Kampfswelle gegen Frankreich auslösen.

Schon haben in Tunis, wo zur Zeit die allafrikanische Konferenz tagt, maßgebende afrikanische Persönlichkeiten angekündigt, die afrikanischen Völker würden eine Freiwilligenarmee aufstellen und der algerischen Befreiungsarmee FLN zur Hilfe kommen. Man kann sich vorstellen, was die Folge davon sein würde. Frankreichs Armee wäre dann hundertprozentig in einen französisch-afrikanischen Krieg verwickelt, und das französische Mutterland würde wirtschaftlich ausbluten. Damit wäre auch Frankreichs Rolle in der europäischen Integrationspolitik für lange Zeit ausgespielt und die gesamte west-europäische Verteidigungspolitik infrage gestellt.

Die Folgen einer solchen durchaus möglichen Entwicklung sind auch für die Bundesrepublik nicht abzusehen. Bundeskanzler Adenauer hat seit zwei Jahren immer größten Wert darauf gelegt, seine halbeuropäische Politik mit Paris zu koordinieren. Selbst wenn es de Gaulle gelingen sollte, die Ruhe in Frankreich und Algerien wiederherzustellen, wird die Konzeption der westeuropäischen Integration ein Loch behalten. In der Zwischenzeit rückt der Termin für die großen internationalen Konferenzen näher, deren erklärtes Ziel es ist, der Entspannung zwischen Ost und West zu dienen. Muß de Gaulle kapitulieren, sei es, daß er zurücktritt, sei es, daß er den "Ultras" nachgibt, fällt Frankreich als entscheidender Faktor bei den kommenden internationalen Verhandlungen aus.

Deshalb hat das Geschehen in Frankreich und Nordafrika die größte Bedeutung für die internationale Politik. Es geht jetzt nicht mehr lediglich um den Anspruch Frankreichs auf Algerien!

Gefährliche Gegensätze

W.W. - In Afrika beginnt der schwarze Mann um seine Freiheit zu kämpfen. Welche Bedeutung dieser Situation von der englischen Regierung beigegeben wird, beweist die Reise Macmillans in den schwarzen Kontinent. Dort haben sich, von den Europäern lange unbeachtet, politische Gruppierungen, Interessen, Völker, Regierungen und Nationen gebildet, und die ehemaligen Kolonialmächte setzen nunmehr alles daran, um den Einfluß auf diesen politisch explosiven Prozeß nicht zu verlieren. Das hindert jedoch den schwarzen Mann nicht daran, unbeirrt seinen Kampf um die Erringung der politischen Unabhängigkeit zu steigern.

Die größten Schwierigkeiten entstehen jedoch dort, wo Europäer und Afrikaner in demselben Gebiet zusammenleben und arbeiten. Hier stehen die Interessen des weißen Mannes wie ein schwarzer Block im politischen Raum und beschwören Gefahren, deren Ausmaße steigen, je mehr und je deutlicher von den Afrikanern die Ungerechtigkeit empfunden wird, die sich in den Macht- und Besitzverhältnissen in diesen Gebieten darstellt.

Ein interessantes Beispiel dafür ist die Zentralafrikanische Föderation. Sie ist im Augenblick noch britisches Kronland, soll aber noch in diesem Jahr ihre Selbständigkeit erhalten. Aber es stellt sich die Frage: Selbständigkeit für wen? Am besten läßt sich das Problem, das in dieser Frage enthalten ist, an der erst kürzlich stattgefundenen Reform des Wahlrechtes in Südrhodesien, das mit Nordrhodesien und Njassaland die Zentralafrikanische Föderation bildet, veranschaulichen.

Die dortigen Verhältnisse sind dadurch charakteristisch, daß einer eingeborenen Bevölkerung von 2 1/4 Millionen nur rd. 180 000 Europäer gegenüberstehen. Es ist nicht verwunderlich, daß der schwarze Mann deshalb hier das Recht zu politischer Mitbestimmung geltend macht. Er will einen größeren Anteil vom Sozialprodukt, er will mehr Freiheit in den Arbeitsbedingungen, die sehr stark zu seinen Ungunsten gestaltet sind, da die Verschiedenartigkeit der Hautfarbe hierbei noch eine wichtige, den Afrikaner auf niedere Funktionen einschränkende Rolle spielt. Wie ungerecht die sozialen Verhältnisse sind, drückt sich darin aus, daß das pro Kopf-Einkommen des Afrikaners durchschnittlich 10 englische Pfund, das des Europäers jedoch 487 englische Pfund beträgt. Von dem Boden dieses Gebietes gehören den Europäern 48 000 Acker Land, den Afrikanern dagegen nur 8 000 Acker.

Es könnte in diesen Land eine langsame aber stetige Aufwärtsentwicklung des Lebensstandards und auch der Wirtschaft erfolgen, an der alle teilhaben könnten. Im Augenblick sieht es jedoch so aus, daß die Europäer nicht dazu bereit sind, sondern bestrebt sind, weiterhin den Reichtum des Landes einer kleinen Minderheit nutzbar zu machen, um einen selbst nach europäischen Begriffen luxuriösen Lebensstandard aufrechtzuerhalten.

Dementsprechend wurde auch das reformierte Wahlrecht gestaltet, das nur einer kleinen, privilegierten Schicht von Afrikanern den Zugang zur Wahl und den Eintritt in das Parlament gestattet. Es verläßt jegliche demokratische Tradition und bindet das Wahlrecht vor allem an materiellen Einkommen oder Besitz. Demgemäß sieht das neue Wahlrecht in Südrhodesien zwei Klassen von Wahlberechtigten vor: eine normale Klasse, die fünf-sechstel des Parlaments zu wählen hat und eine "spezielle" Klasse, die das sechste Sechstel wählt. Für die Zugehörigkeit zur normalen Klasse ist es notwendig, mindestens 300 englische Pfund Einkommen pro Jahr oder mindestens einen Besitz im Werte von 500 englischen Pfund und Schulbildung nachweisen zu können. Der "speziellen" Klasse kann derjenige angehören, der mindestens 180 englische Pfund im Jahr verdient und des Lesens und Schreibens kundig ist.

Dabei ergibt sich im Effekt, daß unter die normale Wahlberechtigung 74 000 Europäer und 1 500 Afrikaner fallen und auf die Spezialqualifikation 1500 Europäer und 8 000 Afrikaner. Von den 50 gewählten Parlamentsvertretern in Südrhodesien können also im höchsten Falle 6 Afrikaner sein. Für die westliche Welt ergeben sich aus dieser Art, Demokratie zu praktizieren erhebliche Probleme und Fragen. Das Hauptproblem ist jedoch die sich in dieser Art europäischer Selbstbehauptung darstellende Aufgabe der elementaren Prinzipien der Demokratie. Was bleibt den Hunderttausenden, die durch diese Regelung immer noch von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen werden, weil sie nicht über das notwendige Einkommen verfügen, anders übrig als der Weg zum Radikalismus? Von dort her wird im Laufe der Zeit diese Form des Miteinanderlebens auf das schwerste bedroht. Es wäre deshalb besser, die Europäer dieser Gebiete könnten sich entschließen, ein partnerschaftliches Miteinander anzubahnen, das nicht vom Mißtrauen sondern von gegenseitigem Vertrauen getragen ist, eine wirklich demokratische Regelung der öffentlichen Sache zu finden, so daß dann die Verhältnisse in diesen Gebieten gerechter, besser und sicherer gestaltet werden.

"Ein Mann - ein Wort"?

"Gerade das Ausmaß und die Intensität der Eingliederung des ostdeutschen Bauerntums ist ein Maßstab für unseren Willen zur Wiederherstellung Gesamtdeutschlands".

* * *

W.R. - Das hat Bundeskanzler Dr. Adenauer auf dem Ostdeutschen Bauerntag am 26. Oktober 1958 in Bad Godesberg erklärt. Wer die Tagung desselben Verbandes in der Bonner Beethovenhalle am Dienstag dieser Woche miterlebte, muß sich bewußt geworden sein, daß die vertriebenen Bauern an dieses Kanzlerwort aus dem Jahre 1958 gedacht haben müssen, als sie immer dann am lautesten Beifall zollten, wenn ein Vertreter der Opposition oder auch ihre eigenen Sprecher auf die Versäumnisse der Bundesregierung bei der Eingliederung oder sozialen Sicherstellung vertriebener Bauern hinwiesen. Stellvertretend für ihren Bundeskanzler saßen die zuständigen Ressortminister Schwarz und Oberländer auf der Anklagebank. Als der Präsident des Bundes, Georg Baur, in einer EntschlieÙung bekanntgab, daß der Kanzler zwar verbindliche Zusagen gemacht, aber nichts davon gehalten habe, wurde Baur von sehr starkem Beifall unterbrochen. Auch der Bundestagsabgeordnete Reinhold Rehs, der die Griffe des Präsidiums der SPD überbrachte, erhielt stürmischen Beifall, als er feststellte, "daß das zur Flucht gezwungene Landvolk die Bevölkerungsgruppe ist, die am stiefmütterlichsten behandelt wurde".

Die Aufgeschlossenheit der vertriebenen Bauern kam auch bei anderen Gelegenheiten zum Ausdruck. Es war der hessische Staatsminister Gustav Hacker, dessen Ausführungen immer dann von starkem Beifall unterbrochen wurden, wenn er die Möglichkeiten der Hilfe für die vertriebenen Bauern anhand der beispielhaften Leistungen der sozialdemokratisch geführten Landesregierung in Hessen darstellte und die kritische Sonde an die unzureichende Tätigkeit der Bundesregierung legte. Beglückwünscht stimmten die Kundgebungsteilnehmer Hacker zu, als er ausrief:

"Ich melde heute die Notwendigkeit an, die Alterssicherung für unsere vertriebenen Bauern noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages zu regeln".

Mit Erschütterung vernahm man, daß in den Arbeitsausschüssen ein vertriebener Bauer unter Bezugnahme auf die unzureichende Altersversorgung gesagt hatte, ihm stünden 39 DM Rente bzw. Fürsorge zu; ehe er diese annähme, wolle er lieber einen Strick nehmen.

Wir glauben, daß es nicht notwendig ist, diese auf der Verbandstagung der vertriebenen Bauern zum Ausdruck gekommene Stimmung noch weiter zu kommentieren. Hier waren Menschen versammelt, die sich enttäuscht fühlen und sie zu erkennen beginnen, daß "ein Mann nicht ein Wort" ist.

+ + +

Nach dem Urteil von Hailbronn

sp - Die Angeklagten im Lauffener Unglücksprozeß sind freigesprochen worden. Ihre Schuld an dem schrecklichen Unglück an einem Bahnübergang bei Lauffen konnte nicht erwiesen werden. Damit ist der "Fall Lauffen" jedoch noch nicht erledigt. Während des Prozesses ist daraus ein "Fall Bundesbahn" geworden.

Aus diesem Grund hat die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) sofort nach der Urteilverkündung darauf hingewiesen, daß es angesichts des heutigen Verkehrs notwendig sei, dem Schrankenpersonal längere Ruhepausen zuzusichern. Die GdED verlangt außerdem eine Verbesserung der Dienstvorschriften und weist darauf hin, daß der berechtigten Forderung nach korrekter Dienstleistung und äußerster Konzentration eine ausreichende Besoldung der Schrankenwärter gegenüberstehen müsse. Für die Schrankenwärter selbst müßten bessere technische Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihren Dienst ordnungsgemäß durchführen können.

Abgesehen davon, daß zahlreiche Verkehrsteilnehmer und besonders Autofahrer häufig versuchen, noch im letzten Augenblick unter einer sich schon schließenden Schranke hindurchzuschauen - wozu die GdED ebenfalls aufmerksam macht - dürfte wohl in den zuerst genannten Forderungen der GdED ein wichtiger Ansatzpunkt zur Überwindung der Verkehrsunsicherheit an den Eisenbahnschranken liegen. Während des Prozesses kamen mehrfach die schlechte Bezahlung der Schrankenwärter, ihre physische Überanstrengung und die mangelnde Vorbereitung auf den überaus verantwortungsvollen Dienst zur Sprache.

Deshalb ist die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands bemüht gewesen, den Finger auf eine Wunde zu legen, die angesichts des ständig steigenden Verkehrs von den verantwortlichen Stellen schon längst hätte geschlossen werden müssen.

Bücher in braun: Rechts und links in Reih und Glied

"Amerikaner!", lockte vor einigen Monaten ein Inserat in einer grossen deutschen Tageszeitung: "2 Bücher 'Mein Kampf' an Liebhaber zu verkaufen. Angebote an PL 49320 ... Hamburg oder Essen". Dabei wurde nicht ganz klar, ob der gute Mann wirklich nur Geld brauchte oder ob er mehr als zufällig am großen Ausverkauf der jüngsten deutschen Geschichte teilnahm. Wer öfter einen Blick in die illustrierte Wochen- und Boulevardpresse wirft, muß Zusammenhänge erkennen: Rommel ruft Kairo, Sorge schrieb aus Tokio, und Kapitänleutnant Prien meldet sich nicht mehr. Die literarische Ware ist blank aufgeputzt, spannend zugleich und niemals ohne das Körnchen Wahrheit, auf das man sich am Ende berufen kann. Lesen die ehemaligen Frontkämpfer solche Geschichten, um ihre eigene Vergangenheit zu rekapitulieren? Lesen die Jugendlichen diese Berichte, um die Erlebnisse ihrer Väter nachzuholen? Beides wird zum Teil zutreffen.

Aber warum konnten in den letzten Monaten Tausende von Schallplatten verkauft werden, auf denen Hitler- und Goebbels-Reden, SA-Lieder und Trommelwirbel des "Deutschen Jungvolks" nicht um der historischen Dokumentation willen, sondern des kaum verdeckten psychischen Reizes wegen bunt gemischt wurden? - Diese Schallplatten wurden als durchaus fröhliche Wiederbegegnung mit dem Nationalsozialismus zu Recht kritisiert. Im Grunde aber setzten sie nur eine Art von Publikationen fort, die seit Jahren in einer Fülle kleiner Buchgemeinschaften und im Versandhandel angepriesen und verkauft werden. Es sind eben nicht nur Erlebnisberichte, an denen sich ein altes Kämpferherz erfrischen könnte, etwa, wenn man Heinz Guderians "Panzer, marsch!" im Schild-Verlag bestellt. Es sind Bücher des ehemaligen Reichsarbeitsführers Konstantin Hierl "Schuld oder Schicksal", eine "Studie über Entstehung und Ausgang des zweiten Weltkrieges", in der die Dolchstoßlegende ebenso aufgefrischt wird wie Hitlers Angriffskriege eine vorsichtige Rechtfertigung erfahren. Der Buchversand Breinlinger in Berchtesgaden korrigiert schon im Titel seines Werkes "Die Lüge von den sechs Millionen ermordeten Juden". Wer hier darauf vertraut, vereinzelte Rechtfertigungsversuche rechtsradikaler Kreise vor sich zu haben, muß sich bald eines Besseren belehren lassen.

Warm ums Herz

"Hitler wollte den Millionen Arbeitslosen, den Millionen Oodachlosen Arbeit und eine anständige Wohnung schaffen", schrieb Richard Rüringer in seiner "Sargbreite Leben" 1951; "Er wollte das Reich aus der Versailler Knechtschaft befreien, durch Volksfleiß, durch Leistungen, Arbeit, Verhandlungen, Olympiaden, Bluff. Er hoffte auf die Vernunft der Völker. Er streckte England eindeutig die Hand hin ..." Hans Grimm teilte diese Gedanken in seinem "Rückblick" schon einige Jahre früher: "Ich gehörte nicht zu denen, die den Kriegsausbruch Hitler zur Last legten". Im Gegenteil, Grimm war davon überzeugt, daß man den "Kriegstreiberischen Abwehrhaß des Weltjudentums und den "Antigermanismus" für den letzten Weltkrieg verantwortlich zu machen habe. Und Ex-Gauleiter Karl Wahl, der seine Erkenntnisse seit 1954 im Selbstverlag vertreibt, bestätigt diese Geschichtsklitterei: "Wenn ich nur an die Ausleselehrgänge der Adolf-Hitler-Schulen denke, wird es mir warm ums Herz. Wohin man blickte, Zucht und Ordnung waren die unverkennbaren Merkmale des gesamten öffentlichen Lebens". Die Leute, die gestern wie heute dem Dritten Reich fast nur gute Seiten zuordnen, marschieren durchaus im gleichen Tritt. "Und wie wohl müßte es tun, wenn man rechts und links vor sich in Reih und Glied zeinsgleichen fühlte", überlegt Hanns Johst in seiner "Gesegneten Vergänglichkeit", die vor drei Jahren in Salzburg erschien. "Aber das Volk ohne Führung schlitterte in eine sogenannte Republik", er meint die Bundesrepublik; und das bestätigt wiederum Her-

bert Böhme, der als ehemaliger SA-Dichter heute Präsident des "Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes" ist. "Kampf und Gesang meines Lebens gehörten fortan dem Führer und seinem Werk", das war sein lautes Bekenntnis.

Der eine fühlt sich mehr als Schriftsteller, der andere mehr als Dichter. So teilen sie sich die Arbeit: neben den pseudobiographischen Aufzeichnungen stehen poetisierende Erlebnisberichte, wie etwa Klaus Hammersteins Typologie des jüdischen Offiziers, der sich auf germanische Mädchen stürzt, während sein Gegenspieler als deutscher Offizier unschuldig zum Tode verurteilt wird. In ähnlicher Weise feiert Marc Augier in der vom ehemaligen SA-Standartenführer, Reichsamtsleiter und Gauschulungsleiter Dr. Gerhard Krüger herausgegebenen Serie "Das Reich im Buch" das nordische Menschentum im nordischen Mädchen. Annie Borg ist seine Heldin. "Sie verlangte nichts, sie gab dem Nationalsozialismus ihre fünf Sprachen, ihre Intelligenz, ihre Schönheit ..."

Verbirg die Tränen

Hans Grimms Buch "Warum? Woher? Wohin? - Vor, unter und nach der geschichtlichen Erscheinung des Hitlerreiches" hat inzwischen eine Auflage von 50 000 Exemplaren erreicht. Die Schrift des ehemaligen Berliner Oberbürgermeisters Lippert "Läckle und verbirg die Tränen" kam in der achten Auflage heraus. Das Buch des Herrn Sündermann "Alter Feind - was nun?" erschien in der sechsten Auflage. Ilse Heß konnte die kommentierten Briefe ihres Mannes in der 23. Auflage herausbringen. Die effektiven Zahlen sind leicht zu berechnen, wenn man bedenkt, daß kaum eine Erstauflage unter 3 000 Exemplaren erscheint und die Auflagenhöhe bei Erfolgspublikationen zumeist vergrößert wird. Daß einige dieser Bücher in mehreren Buchgemeinschaften zugleich erscheinen und von Hand zu Hand weitergereicht werden, sollten wir ebenfalls berücksichtigen.

Natürlich wird das Hitlerreich nirgendwo restlos rehabilitiert. Vielmehr handelt es sich zumeist um einen oberflächlichen und eben deshalb so billigen Aufwusch geschichtlicher Ereignisse. "Es ist falsch, den letzten Hitler, den Erschöpften, Erdrückten, Verzweifelten, meinetwegen Wahnsinnigen, mit jenem ersten gleichzusetzen, aus dem noch alles zu machen war", schreibt Richard Euringer. Man wird die Leser solcher Literatur gewiß dort finden, wo man sagt, daß Hitler eben wie jeder Diktator seine Schwächen gehabt habe, und im Übrigen sei's schade darum. In den Lesergemeinschaften breitet sich die Ansicht aus, daß das Tagebuch der Anne Frank eine Fälschung sei und der Druffel-Verlag schon den richtigen Weg weisen würde.

Hitlers Literaten werden heute unter der Tüchle gehandelt. Sie wagen sich nur selten so weit hervor, daß man ihnen, wie kürzlich in Hamburg oder Mainz, den Strafprozeß macht. Die Masse der restaurierenden Literatur, die das Hitlerreich verharmlost, wird nicht erfaßt, bleibt unbekannt, weil wir sie beim gelegentlichen Weihnachtseinkauf nicht auf den Ladentischen oder in den Regalen der Buchhändler sehen. Wer aber morgen einen Prospekt unter seiner Haustür findet, in dem er aufgefordert wird, "Kameradschaft und die Erinnerung an das Kriegserleben" zu pflegen, kann kaum ahnen, daß es hier darum geht, des ehemaligen Reichsarbeitsführers rechtfertigende literarische Nachlese zu vertreiben: denn die "Buchgemeinschaft Scharnhorst" bleibt ebenso anonym wie das Postschließfach, hinter dem sie sich verbirgt.

Bücher in braun sind heute wieder Vertrauenssache. Ein Grund mehr, darauf zu achten.

Peter F. Ludemann

"Semester-Spiegel"

Studentenzeitschrift an der
Universität Münster

Verantwortlich: Günter Markschaffel